SED und der homogenen Zusammensetzung der Volkskammer haben die Abberufungsrechte wenig praktische Bedeutung.

Obwohl die Volkskammer aufgrund der Vorlage einer Einheitsliste gewählt worden ist, bilden sich in ihr Fraktionen entsprechend der Parteizugehörigkeit der Abgeordneten. Die größte Fraktion ist jedes Mal aufgrund der Zusammenstellung der Kandidatenliste die der SED, wenn sie auch eine absolute Mehrheit nicht hat. Wegen der Fügsamkeit der anderen Fraktionen ist diese Mehrheit auch nicht erforderlich. In den örtlichen Volksvertretungen bestehen Fraktionen nicht. Nur die SED verfügt dort über Parteigruppen entsprechend ihrem Statut.

Das Präsidium der Volkskammer, in dem jede Fraktion, soweit sie mindestens 40 Mitglieder hat, vertreten ist (Artikel 57), hat eine besondere Stellung dadurch erhalten, daß ihm der Nationale Verteidigungsrat verantwortlich ist und er genau wie die Volkskammer selbst diesem weitere Aufgaben übertragen kann³²⁷. Damit ist das Präsidium der Volkskammer aus einem Organ dieses Gremiums zum Staatsorgan geworden. Die Ursache hierfür ist unbekannt. Wenn aus praktischen Gründen oder aus Gründen der Sicherheit der Nationale Verteidigungsrat nicht der ganzen Volkskammer gegenüber verantwortlich gemacht werden sollte, so hätte es nahegelegen, mit dieser Aufgabe den Ständigen Ausschuß für Nationale Verteidigung³²⁸ zu betrauen. Nach Schaffung des Staatsrates ist diese Stellung des Präsidiums der Volkskammer insoweit bedeutungslos geworden.

b) *Der Staatsrat*

Der Tod des ersten Präsidenten der Republik, Wilhelm Pieck, am 7. September 1960, wurde zum Anlaß genommen, die Spitze der Organisation der öffentlichen Gewalt grundlegend zu verändern. Anstelle des Präsidenten der Republik trat als neues Staatsorgan der Staatsrat³²⁹.

Der Staatsrat ist ein Kollegium (also ein Kollektiv im Sinne der Kriterien des demokratischen Zentralismus) und besteht aus dem Vorsitzenden, 6 Stellvertretern des Vorsitzenden, 16 Mitgliedern und dem Sekretär (im folgenden insgesamt als Mitglieder bezeichnet) (Artikel 102 Abs. 2). Wie der Präsident es war, ist der Staatsrat kein plebiszitäres Organ. Er wird, wie jener es wurde, auf die Dauer von vier Jahren von der Volkskammer gewählt. Er setzt sein Amt indessen nach Ablauf seiner Wahlperiode fort bis zur Wahl des neuen Staatsrates durch die Volkskammer (Artikel 101). Dadurch ist die Kontinuität seiner Amtsführung auch dann gesichert, wenn die Volkskammer aus bestimmten Ursachen, z. B. wegen innerer Unruhen oder außenpolitischer Verwicklungen, zur Wahl nicht kommen sollte. Wie früher der Präsident, leisten die Mitglieder vor ihrem Amtsantritt der Volkskammer den Amtseid (Artikel 103). Anders als der Präsident ist der Staatsrat der Republik der Volkskammer rechenschaftspflichtig (Artikel 104 Abs. 1). Indessen ist er ihr nicht verantwortlich. Gegen ihn kann also kein Mißtrauensvotum eingebracht werden. Aber die Volkskammer kann den Vorsitzenden, die Stellvertreter des Vorsitzenden, die Mitglieder und den Sekretär durch Beschluß abberufen. Der Beschluß bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten (Arti-

³²⁷ § 2 Gesetz über die Bildung des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Februar 1960 (GBl. I S. 89).

³²⁸ Wie Anmerkung 323.

³²⁹ Gesetz über die Bildung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. September 1960 (GBl. I S. 505).